

DW-Gremien begrüßen externe Untersuchung zu Antisemitismusvorwürfen .	1
Programmdirektorin Weber verlässt den WDR.....	2
Rolf Zurbrüggen ist neuer Vorsitzender des WDR-Rundfunkrats.....	2
Radiokulturpreis der Gema für Bayern2 und Radio Teddy.....	3
28 Radiosender für gute Ausbildung ausgezeichnet.....	4
Polnisch-belarussische Grenze: Freie Berichterstattung gefordert.....	4
Studie sieht Mängel in Nachrichtenangeboten von Sprachassistenten.....	5

DW-Gremien begrüßen externe Untersuchung zu Antisemitismusvorwürfen

Bonn (epd). Der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat der Deutschen Welle (DW) begrüßen die Beauftragung einer externen Untersuchung zu den Antisemitismusvorwürfen gegen Mitarbeiter des Auslandssenders. „Die in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung gegen einige Mitarbeitende der DW erhobenen Vorwürfe wiegen schwer“, erklärten die Vorsitzenden des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats der DW, Prälat Karl Jüsten und Peter Clever, am Donnerstag in Bonn. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, „müssen entsprechende Konsequenzen folgen, um weiteren Schaden von der DW und ihrer Belegschaft fernzuhalten“.

Die „Süddeutsche Zeitung“ (online: Dienstag, Print: Mittwoch) hatte berichtet, dass sich mehrere Mitarbeiter der arabischen DW-Redaktion im Internet in der Vergangenheit antiisraelisch bis antisemitisch geäußert hätten. Dies habe eine umfangreiche Auswertung einer großen Anzahl von Social-Media-Posts und in arabischen Medien erschienener Artikel ergeben, hieß es. Ein Redakteur etwa habe auf Facebook den Holocaust ein „künstliches Produkt“ genannt und geäußert, dass Juden weiterhin „die Gehirne der Menschen durch Kunst, Medien und Musik“ kontrollieren würden.

Die DW kündigte daraufhin an, die Vorwürfe gegen einige Mitarbeitende der Arabisch-Redaktion sowie freie Mitarbeiter des Senders im Ausland eingehend zu prüfen. „Auf Anordnung des Intendanten wird die DW umgehend eine unabhängige externe Untersuchung beauftragen“, teilte der Sender mit.

Jüsten und Clever erklärten am Donnerstag, die Deutsche Welle bekenne sich „eindeutig zum Existenzrecht Israels, das für die Bekämpfung des Antisemitismus zentrale Bedeutung hat“. Der Sender habe ein klares Regelwerk für seine journalistischen Inhalte, wie auch für das Verhalten seiner Mitarbeitenden in privaten Kanälen in sozialen Medien. „Die Gremien der DW erwarten von allen Mitarbeitenden, dass diese Guidelines beachtet und eingehalten werden“, hieß es. Die Geschäftsleitung des Senders habe alle ihre Mitarbeitenden dazu verpflichtet, sich gegen Antisemitismus zu stellen, der auch in der Form von Israel-Hass zum Ausdruck komme. *ema*

Programmdirektorin Weber verlässt den WDR

Köln (epd). Die WDR-Programmdirektorin für den Bereich NRW, Wissen und Kultur, Valerie Weber, verlässt den Sender. Acht Jahre nach ihrer Wahl zur Hörfunkdirektorin habe sie den WDR um Aufhebung ihres Vertrages gebeten, teilte der Westdeutsche Rundfunk am Mittwoch mit. Mit Weber verliere der WDR eine „Visionärin für den Public Value des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, eine Kämpferin für agile und neue Strukturen und eine empathische Programm-Managerin“, erklärte Intendant Tom Buhrow. „Wir bedauern ihr Ausscheiden sehr.“

„Mit der Übergabe des ARD-Vorsitzes vom WDR an den rbb zum Jahreswechsel geht für mich eine äußerst spannende Aufgabe als Mitglied der ARD-Geschäftsführung zu Ende“, erklärte die 55-jährige Weber. Außerdem sei WDR-intern mit der multimedialen Zusammenführung aller Fachredaktionen sowie der strukturellen und personellen Neuaufstellung der Hörfunkflotte ab 2022 auch ein wichtiger Meilenstein im digitalen Umbau des WDR erreicht. Weber nannte es eine Ehre, so viele Jahre die Zukunft des größten Senders der ARD mitgestaltet zu haben.

Weber war den Angaben nach Ende 2013 zur Hörfunkdirektorin gewählt worden und ist seit ihrer zweiten Amtszeit 2019 Programmdirektorin für NRW, Wissen und Kultur. Seit der crossmedialen Strukturreform 2019 verantwortete Weber die elf WDR-Landesstudios sowie die Fachressorts Wissen, Wirtschaft und Kultur. Sie begleitete den Start digitaler Angebote, darunter des Wissensgebiets „Quarks“, des Instagram-Kanals „Mädelsabende“ und des TV-Formats „Freitagnacht Jews“ für die ARD-Mediathek.

Seit Januar 2020 war Weber neben weiteren Verantwortlichkeiten innerhalb des WDR zudem Vorsitzende der Audio-Programmkonferenz – des Gremiums der in der ARD für Audio zuständigen Programmdirektoren. Weber, die keine Angaben zu künftigen Aufgaben machte, dankte den „Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Kolleginnen und Kollegen für das Vertrauen und das großartige Engagement, mit dem sie den Weg mitgegangen sind“. *lwd*

Rolf Zurbrüggen ist neuer Vorsitzender des WDR-Rundfunkrats

Köln (epd). Rolf Zurbrüggen ist neuer Vorsitzender des WDR-Rundfunkrats. Die Mitglieder des Aufsichtsgremiums wählten Zurbrüggen am Mittwoch mit großer Mehrheit (45 von 54 Stimmen) für eine fünfjährige Amtsperiode, wie der Westdeutsche Rundfunk am Mittwoch in Köln mitteilte. Damit folgt er auf Andreas Meyer-Lauber, der dem Gremium nicht erneut angehört.

Zurbrüggen sagte in seiner Antrittsrede laut Mitteilung, dass auf den Rundfunkrat durch den digitalen Umbau des Senders und den neuen Medienstaatsvertrag zusätzliche und wichtige Aufgaben zukämen: „Entscheidend ist, dass das öffentlich-rechtliche Programm relevant bleibt. Dazu gilt es, die Chancen und Risiken digitaler Ausspielwege weiterhin konsequent auszuloten.“ Dabei werde der Rundfunkrat den Sender weiterhin konstruktiv beraten und begleiten. Zurbrüggen kündigte zudem an, sich für eine transparente und starke Gremienarbeit einzusetzen.

Zurbrüggen gehört den Angaben zufolge dem WDR-Rundfunkrat seit 2009 an, zunächst als stellvertretendes und seit Dezember 2016 als ordentliches Mitglied. Ab Februar 2020 war er zudem stellvertretender Vorsitzender des Rundfunkrats. In den seit Mittwoch amtierenden 13. WDR-Rundfunkrat wurde Zurbrüggen erneut entsandt vom Landesverband der Volkshochschulen von NRW. Der 1958 geborene studierte Gymnasiallehrer mit den Schwerpunkten Französisch, Sportwissenschaften und Pädagogik ist seit 1982 in der Erwachsenenbildung tätig.

Intendant Tom Buhrow gratuliert Zurbrüggen zu dessen Wahl. Mit den Herausforderungen der digitalen Transformation des WDR sei Zurbrüggen bestens vertraut, sagte Buhrow. Aufgrund seiner Vita bringe er zudem eine große Expertise beim Umgang mit den Themen Kultur und Bildung mit.

Der WDR-Rundfunkrat besteht gemäß WDR-Gesetz aus 55 ehrenamtlichen Mitgliedern, die vom nordrhein-westfälischen Landtag und gesellschaftlichen Institutionen entsandt sind. Die Sitzungen sind öffentlich, die nächste findet am 17. Dezember in Köln statt.

ema

Radiokulturpreis der Gema für Bayern2 und Radio Teddy

München (epd). Der Radiokulturpreis der Gema geht in diesem Jahr an Bayern2 und Radio Teddy. Der Preis werde jährlich an Hörfunkwellen verliehen, die ein vielfältiges Programm anbieten, redaktionell anspruchsvolle Inhalte produzieren und die deutschsprachige Musikkultur in Deutschland fördern, teilte die Verwertungsgesellschaft am Donnerstag in München mit.

Bayern2 erhält die Auszeichnung den Angaben zufolge in der Kategorie „Ernste Musik, Jazz sowie sonstige gehobene Vokal- und Instrumentalmusik“. Der Sender des Bayerischen Rundfunks habe die Jury vor allem wegen seines vielfältigen und abwechslungsreichen musikalischen Programms überzeugt, erklärte die Gema. Mit Radio Teddy gewinnt ein privater Radiosender den Radiokulturpreis in der Kategorie „Unterhaltungsmusik“. Die Jury habe insbesondere der extrem hohe Anteil deutschsprachiger Musik im Programm des Familiensenders aus Potsdam begeistert, hieß es.

Die Preisträger bestimmt den Angaben zufolge eine sechsköpfige Jury, die sich aus Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Hörfunkausschusses der Gema zusammensetzt. Relevant für die Entscheidung seien zehn Faktoren, darunter die Programmvierfalt, der Anteil redaktioneller Beiträge mit Musikbezug, das Engagement im Bereich der Nachwuchsförderung und der Anteil deutschsprachiger Musik. Geehrt werden dabei laut Gema vornehmlich Hörfunkwellen, die durch ihre spezifische Mischung aus Information, Unterhaltung und Musik in besonderem Maße zur kulturellen Vielfalt in Deutschland beitragen. Der Preis wird seit 2015 einmal jährlich vergeben.

ema

28 Radiosender für gute Ausbildung ausgezeichnet

Kassel (epd). Für die Qualität ihrer Volontärsausbildung sind 28 private Radiosender ausgezeichnet worden. Wie die Initiative Radiosiegel am Donnerstag in Kassel mitteilte, ging das Radiosiegel 2021 an 94,3 rs2 (Berlin), Absolut Radio Familie (Garching bei München), Antenne 1 Neckarburg Rock & Pop (Rottweil), Antenne Thüringen (Weimar), Antenne Unna, BLR (Garching bei München), Die Neue 107.7 (Stuttgart), Die neue Welle (Karlsruhe), Donau 3 FM (Ulm), Energy Hamburg, Energy Nürnberg und Energy Stuttgart.

Ebenso wurden geehrt Hit Radio N1 (Nürnberg), Hitradio antenne 1 (Stuttgart), max neo (Nürnberg), Münchner Kirchenradio, Radio Arabella (München), Radio Bielefeld, RadioEins (Coburg), Radio Erft (Wesseling), Radio Galaxy/gong fm (Regensburg), Radio Gong 96.3 (München), Radio Herford, Radio Jade (Wilhelmshaven), Radio Lippewelle Hamm, Radio Ton (Heilbronn), Radio Top FM (Fürstenfeldbruck) und Radio Wuppertal.

Die Auszeichnung Radiosiegel steht den Angaben zufolge für eine qualitätsvolle, möglichst multimediale Ausbildung, die Volontärinnen und Volontären einen guten Einstieg in das Berufsleben ermöglicht. Die Jury bestand aus Jörg Bollmann, Direktor des Gemeinschaftswerkes der Evangelischen Publizistik (GEP), dem Journalisten Dennis Horn, Klaus Kranewitter, Mit-Gründer von Enrico Pallazzo Film- und Fernsehproduktion, sowie Waltraud Riemer, Geschäftsführerin von Gerwin Media GmbH.

Die Initiative Radiosiegel verfolgt das Ziel, die Qualität im Radio zu fördern. Mitglieder sind unter anderem Landesmedienanstalten, der Deutsche Journalisten-Verband, das Grimme-Institut, die evangelische Frankfurter Hörfunkschule und das GEP in Frankfurt am Main. Zum GEP gehören unter anderem die Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd) und das evangelische Magazin „chrismon“.

lmw

Polnisch-belarussische Grenze: Freie Berichterstattung gefordert

Berlin (epd). Die Journalistenorganisation „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) hat auch nach dem Auslaufen des Notstandes in Polen einen uneingeschränkten Zugang zur polnisch-belarussischen Grenze für Journalisten gefordert. „Trotz der Sicherheitsrisiken im Grenzgebiet müssen die Medien über Polizei- und Militäroperationen sowie Migration berichten können“, sagte Vorstandssprecher Michael Rediske. Unabhängiger Journalismus in der polnisch-belarussischen Grenzregion solle offenbar auch nach dem Ende des Ausnahmezustands unmöglich gemacht werden, befürchtet „Reporter ohne Grenzen“.

Hintergrund ist, dass der von Polen verhängte Notstand am Dienstag um Mitternacht ausgelaufen ist. Zuvor war es Journalistinnen und Reportern verboten, ein drei Kilometer breites Gebiet an der Grenze zu betreten. Doch ein kurz davor verabschiedetes polnisches Gesetz schränkte den Zugang zum Grenzgebiet nun weiter ein, beklagte „Reporter ohne Grenzen“. Der Ausnahmezustand für die Pressefreiheit werde de facto aufrechterhalten. Journalistinnen und Reporter benötigten jetzt die Erlaubnis des Grenzschutzes, um von dort berichten zu können.

Den Angaben zufolge hatten zuletzt polnische Militärangehörige am 16. November einen tschechischen Fotografen und zwei polnische Kollegen gewaltsam festgehalten,

ihnen Handschellen angelegt und ihre Kameras, Mobiltelefone und ihr Auto durchsucht. Die drei hatten sich ihrer Aussage nach vor ihrer Festsetzung durch die Soldaten als Journalisten zu erkennen gegeben und zu keinem Zeitpunkt die Sperrzone betreten, wie die Journalistenorganisation mitteilte. *ema*

Studie sieht Mängel in Nachrichtenangeboten von Sprachassistenten

Düsseldorf (epd). Nicht alle Nachrichtenangebote auf Sprachassistenten enthalten tatsächlich journalistische Inhalte. Bei Amazon Alexa wurden in der Kategorie „Nachrichten“ auch drei Apps gefunden, deren Anbieter gegen die journalistische Sorgfaltspflicht verstoße, ergibt die am Mittwoch veröffentlichte Studie „Ich höre was, was Du nicht hörst“ des Instituts für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden im Auftrag der Medienanstalt NRW. Ein Anbieter habe angegeben, seine Informationen unter anderem aus Quellen zu beziehen, die bekannt für die Verbreitung von politischer Propaganda oder Desinformationen seien.

Ein Grund für die teils irreführende Kategorisierung könne die Selbsteinordnung durch die Informationsanbieter sein, hieß es. Denn weder Google noch Amazon würden den Informationsanbietern Richtlinien für die Einordnung vorgeben. „Inwiefern eine Prüfung der Einordnung stattfindet, ist zum aktuellen Zeitpunkt unklar.“ Für die Studie untersuchte das Autorenteam von Februar bis Mai 2021 das Nachrichtenangebot der Sprachassistenten.

Bei Amazon Alexa wie auch Google Assistant seien zudem nicht für alle Apps verlässliche Angaben zum Urheber vorhanden, hieß es. Häufig seien die Entwickler der App als Urheber angegeben, aber nicht die Verantwortlichen für die Produktion der Inhalte. Ein Impressum mit klarer und transparenter Trennung von Verantwortlichen für die Inhalte und die technische Umsetzung sei nicht bei allen Apps vorhanden.

In der Studie werden zudem die Auswahl-Kriterien der Medienangebote kritisiert. Vor allem über die Nutzung der Standard-Einstellungen der Sprachassistenten sei nur eine kleine Auswahl an Medienangeboten enthalten, hieß es. Regionale und lokale Medienunternehmen seien im Untersuchungszeitraum nicht vertreten gewesen. Auch im Gesamtangebot der Sprachassistenten-Apps seien kleinere Medienunternehmen unterrepräsentiert. *lwd*

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
81,00 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.
Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-432
Fax. (030) 32 53 21-444
E-Mail: christoph@m-public.de
Druck: FRITSCH Druck GmbH
Heiterblickstraße 42
04347 Leipzig